

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal: am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

# Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inzerate nehmen an: in Berlin: H. Meier, H. Hoff; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

# Zeitung.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernachst geruht: Dem Kreisgerichtsrath Diez zu Siegen, dem Steuerrath Walther zu Greifeld und dem Post-Commissar Strzenczich zu Gleiwitz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Hauptpastor Balemann zu Udenburg den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse; dem Dr. Lohmeyer und dem Dr. Wolters, beide zu Göttingen, den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem Gerbermeister Senft zu Wojanowo, dem Schulzen Schröder zu Brunow das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Zollamtsdiener Peterfen zu Maasbühl und dem Musiketier Uhlisch im 3. Magdeb. Infanterie-Regiment Nr. 66 die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; dem Gen.-Major Gr. von der Goltz die komm. Wahrnehmung der Stelle eines General-Gesüt-Directors im Min. für die landw. Angelegenheiten einstweilen auf ein Jahr zu übertragen; dem Dr. Karmarsch zu Hannover den Charakter als Geh. Reg.-Rath mit dem Range der Räte dritter Klasse und dem Geh. Registrator im Justiz-Ministerium, Eternaug, den Charakter als Ranglei-Rath zu verleihen.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Brüssel, 25. Febr. Die „Independance belge“ meldet aus Paris, daß das Gerücht vom Erlaß eines Schreibens des Grafen Bismarck an den Kaiser Napoleon behufs Aufhebung der gegen die englisch-nordamerikanische Industrie erdichteten Fiktion; es existire überhaupt kein Schreiben Bismarck an den Kaiser.

Wien, 25. Febr. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Statthalter droht Exekution und Anwendung des Strafrechts an gegen fernere Verletzungen des Verfassungsrechtes und der Confessionsgesetze in den bishöflichen Ordinariaten.

Washington, 24. Febr. (per Kabel.) Das Repräsentantenhaus hat mit 118 gegen 60 Stimmen die Bill angenommen, welche für sämtliche zinsentragende Bonds die Zahlung in Gold anordnet, ausgenommen, wenn das Emissionsgesetz die Zahlung in Papiergeld stipulirt.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 24. Febr. Reuter's Bureau meldet aus Constantinopel 23. Februar: Eine offizielle Rundgebung theilt mit, daß die Erneuerung der diplomatischen und commerciellen Beziehungen zu Griechenland unmittelbar bevorsteht, und daß der Sultan alle in Folge des türkischen Ultimatus gegen griechische Unterthanen und Schiffe verfügte Maßregeln annullirt hat. (N. Z.)

Brüssel, 24. Febr. In der heutigen Sitzung des Senats benutzte die katholische Partei die Abwesenheit einiger liberaler Mitglieder, und verwarf mit Stimmengleichheit das Budget des Justiz-Ministeriums. Ueber diesen Parteistreich herrscht in der Deputiertenkammer große Aufregung. (N. Z.)

Paris, 24. Febr. Der Präsident des Senats, Troplong, ist schwer erkrankt. Die linke Seite des Körpers ist gelähmt. (W. Z.)

Die Nachricht, daß der Vertreter Preußens am hiesigen Hofe, Graf Solms, bezüglich der hannoverschen Legion Schritte bei der französischen Regierung gethan habe, wird für unbegründet erklärt. — „Patrie“ meldet, daß in nächster Zeit zwischen Frankreich und Belgien Unterhandlungen betreffs der Verträge mit den Eisenbahngesellschaften stattfinden werden. (N. Z.)

Freiburg i. B., 24. Febr. Die Anklagekammer des hiesigen Gerichts hat beschlossen, den Bischofsverweiger Ribbel und den Pfarrer Burger in Konstanz wegen Mißbrauchs der geistlichen Amtsgewalt in Anklagezustand zu versetzen. (W. Z.)

## Landtags-Verhandlungen.

56. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. Februar.

Fortsetzung der Specialdiscussion über das Gesetz, betr. die juristischen Prüfungen. § 8 lautet: „Die Beschäftigung ist so einzurichten und zu leiten, daß die Referendarien sich in sämtlichen Geschäftszweigen des richterlichen, Staatsanwaltschaftlichen, Notariats- und Bureaudienstes eine solche Einsicht und praktische Gewandtheit erwerben, wie sie zur selbstständigen Verwaltung des Amtes eines Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts oder Notars erforderlich ist. Die Referendarien können die Verrichtungen eines Gerichtsschreibers wahrnehmen, und nach mindestens anderthalbjähriger Beschäftigung zur zeitweisen Vertretung eines Rechtsanwalts verwendet, so wie mit einzelnen richterlichen Geschäften, jedoch nicht mit der Theilnahme an der Erkenntnisfällung, beauftragt werden.“ Abg. Twesten constatirt den einstimmigen Wunsch des Hauses, daß bei der Ausbildung der Referendarien vorzugsweise die Beschäftigung bei Rechtsanwälten berücksichtigt werde. — Reg.-Comm. Friedberg: Nachdem das Haus die Zeit der Ausbildung auf 3 Jahre beschränkt habe, sei es zweifelhaft, ob die Regierung diese Frist für eine gründliche Ausbildung ausreichend genug halte, um noch einen größeren Theil derselben für die Beschäftigung in der Advokatenstube zu erübrigen. Abg. Miquel: Auch er müsse die Beschäftigung der jungen Juristen bei Rechtsanwälten dringend befürworten. Bei den Gerichten sei eine so gründliche Ausbildung nicht möglich, da bei dem immer mehr zur Geltung kommenden mündlichen Verfahren die Referendarien nicht selbstthätig, sondern nur als Hörer beschäftigt werden könnten. — Reg.-Comm. Friedberg: Die von dem Vordr. befürchtete Actenlosigkeit in Folge der Ausdehnung des mündlichen Verfahrens sei noch in weitem Felde; bis jetzt habe man nach Acten genug. — Abg. Pesse hält gleichfalls die Beschäftigung in der Advokatenstube für unumgänglich nöthig zur gründlichen Ausbildung der Referendarien, da sie die Lösung der Hauptaufgabe für einen Juristen, die Aufstellung einer guten Klage, nirgends so gut lernen könnten als

hier. § 8 wird mit großer Majorität angenommen. Abg. Thilo beantragte, hier einen § folgen zu lassen, laut welchem es den Referendarien frei stehen soll, ein Jahr bei Verwaltungsbehörden sich beschäftigen zu lassen, ohne daß ihnen das auf ihre Vorbereitungszeit angerechnet werde. — Ref. Lasker: Der Antrag befaßt dasselbe, was jetzt schon geschieht; schon jetzt kann der Referendar bei der Verwaltung arbeiten. Aber den Justiz-Minister zu zwingen, ihm für diesen Zweck Urlaub zu erteilen, steht uns nicht zu. Hierauf wird der Antrag abgelehnt, darauf § 9 der Commission („Nach Ablauf der Vorbereitungszeit ist der Referendar, wenn aus den über die gesamte Beschäftigung vorzulegenden Zeugnissen sich ergibt, daß er zur Ablegung der großen Staatsprüfung für vorbereitet zu erachten sei, zu dieser Prüfung zuzulassen.“ Die Vorlage und das Herrenhaus sagen: kann zugelassen werden.) — ohne Debatte genehmigt, desgleichen der Rest des Gesetzes und das amendirte Gesetz im Ganzen, das so gut wie einstimmig angenommen wird. Am 1. Januar 1870 soll es in Kraft treten. Die Commission hat gleichzeitig folgende Resolution beantragt: „die Regierung aufzufordern, dem Landtage in der nächsten Session ein Gesetz zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen, durch welches in den Rechtsgebieten außerhalb der Appellationsgerichte zu Köln, Celle und Frankfurt a. M. die Ausübung der Rechtsanwaltschaft für Jeden, der die juristische große Staatsprüfung zurückgelegt hat, freigegeben wird.“ Abg. Miquel verurtheilt die ungerechtfertigte, mit dem Princip der Gewerbefreiheit unverträgliche Scheidung von Advokaten und Rechtsanwälten, die in den Rechtsgebieten von Köln und Celle noch besteht. Abg. Waldeck: Ohne das System der Avoués, d. h. bestimmter Rechtsanwälte bei den Gerichtshöfen, ist das mündliche Verfahren undurchführbar. Die Resolution ist also nur in dem Sinne annehmbar, daß damit nicht auf das System der Avoués verzichtet wird. Abg. Strudmann spricht im Sinne Miquels, Referent Lasker empfiehlt die Resolution, die darauf mit sehr großer Majorität genehmigt wird.

Der Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1867 wird auf den Antrag der Commission Decharge erteilt. — Namens der Commission für Handel referirt Abg. Hammacher über den Fortgang und die Betriebsergebnisse der Staatsschulden im Jahre 1867 und beantragt zunächst die Uebersicht unter Anerkennung der Thätigkeit der Eisenbahn-Verwaltung für erledigt zu erklären. Die Verwaltung fand 1867 in den neuen Provinzen 168 Meil. Staatsbahnen vor, dazu 253 Meilen in den alten, macht 421 Meil. Staatsbahnen. Von denen in den neuen Provinzen kennt man nur den Bruttoertrag (5,278,030  $\mathcal{R}$ ), weil der Etat für 1867 sich noch nicht hat aufnehmen und den Nettoertrag nicht hat ausrechnen können. In den alten Provinzen betrug der Nettoertrag der Staatsbahnen nach Abzug der Kosten für Verzinsung und Amortisation 2,474,099  $\mathcal{R}$ , außerdem flossen dem Staat an Erträgen aus Privatbahnen, an denen er theilhaftig ist, 1,305,176  $\mathcal{R}$ , zu, in Summa 4,779,275  $\mathcal{R}$ . — Die Commission beantragt außerdem durch eine Resolution gegen die Regierung die Erwartung auszusprechen, daß in Wahrung und Anerkennung des Prinzips der Concurrenz das zwischen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Verwaltung und der Berlin-Görlitzer Eisenbahn-Gesellschaft bestehende Vertragsverhältnis mit dem 15. Juli d. J. sein Ende erreiche. Die Niederschlesisch-Märkische beherrscht den directen Verkehr mit Breslau, dagegen ist der Weg nach dem Gebirge und nach Reichenberg-Parabuth via Görlitz kürzer. Ein solches Verhältniß kommt in allen Ländern vor und die Beteiligten haben dann die Wahl, entweder den Vortheil ihrer Lage auszunutzen, bis der eine den Sieg davonträgt, oder sich zu verständigen. Im ersteren Fall profitirt das Publikum, im letzteren die Eisenbahnen. Unsere Verwaltung hat den letzteren Weg eingeschlagen und sich mit der Görlitzer in den Verkehr und seine Nutznießung getheilt. So ist eine Art von Condominium entstanden, wobei die eine Bahn von der anderen etwas erhält ohne Gegenleistung. Der Vertrag mag für den Staat nicht unvortheilhaft sein, wie seine Vertreter es auch nachweisen, aber er verstößt gegen das Prinzip der freien Concurrenz und schädigt das allgemeine Interesse. — Die Anträge werden nach kurzer Debatte angenommen. — Ferner wird über die Verwendung des im Etat der Eisenbahn-Verwaltung für 1867 angelegten Dispositionsfonds von 100,000 Thlr. Decharge erteilt. — Ohne Debatte wird der Gesetzentwurf wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen im Gebiete des Appellationsgerichts in Frankfurt a. M. angenommen.

Es folgt die Berathung über den Entwurf des Fischerei-Polizeigesetzes für den Umfang der Rheinprovinz und den Regierungsbezirk Wiesbaden. Dasselbe wird von den Abgg. Meulenbergh, Harkort, Born, Birchow und Braun bekämpft, von dem Minister v. Selchow und den Reg.-Commissarien verteidigt. Nachdem die 3 ersten §§ verworfen, erklärt der Minister v. Selchow, daß die Regierung keinen Werth auf die Weiterberathung lege. — Nächste Sitzung Donnerstag.

16. Sitzung des Herrenhauses am 24. Februar.

Der Bericht der Justiz-Commission über das Gesetz, betr. die Gerichtsbarkeit und das gerichtliche Verfahren in Ehe- und Verlobungssachen in der Prov. Hannover. Die Commission beantragt Annahme des Gesetzes, wie es aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen, mit zwei Amendirungen. Sie hat jedoch zum Berichterstatter ein Mitglied ihrer Minorität, Hrn. v. Kleist-Rekow, welcher energisch die Annahme des Gesetzes bekämpft, weil die geistlichen Ehegerichte in Hannover durch dasselbe beseitigt werden. — Von mehreren Seiten wird das Verfahren der Commission gerügt, von den Herren Uhen

und v. Senfft-Bilsack verteidigt; der letztere stellt in Aussicht, daß man auch bei dem Gesetz über den Judeneid ein Mitglied der Minorität zum Berichterstatter machen werde. Herr v. Senfft bekämpft das Gesetz gleichfalls „als Christ“. Nachdem der Justizminister und der Cultusminister für dasselbe gesprochen, wird § 1 in namentlicher Abstimmung mit 50 gegen 42 Stimmen angenommen. Auch die übrigen §§ und das ganze Gesetz werden, unter Ablehnung der Amendements, in der Session des Abgeordnetenhauses genehmigt. Nächste Sitzung Donnerstag.

Berlin, 24. Febr. Ihre Zeitung hat bereits am letzten Sonntage des Berichtes erwähnt, den die Commission des Abgeordnetenhauses über die Petition um Ausföhrung des Art. 15 der Verfassung abgefaßt hat. Ich kann hinzufügen, daß diese Petition eben Falls auch noch im Plenum verathen werden wird. Hauptsächlich wird auch da keine Partei sich zur Vertbeidigung der gegenwärtigen Kirchenverwaltung aufwerfen. Diese Verwaltung steht in einer so vereinsamten Stellung, wie vor der Bekanntwerdung jenes Berichtes selbst ihre entschiedensten Gegner es sich nicht vorgestellt hatten. Man denke nur, daß von den 21 Mitgliedern der Commission fast die Hälfte der conservativen Partei angehört, und daß auch nicht Einer von ihnen nur den Versuch gemacht hat, das gemeinsame Werk des Cultusministers und des Oberkirchenraths in irgend einem Punkte zu verteidigen. Alle 21 waren einig in der unbedingten Beurtheilung desselben. Wenn gleichwohl die Schlussvota nicht ganz einstimmig ausfielen, wenn nur 18 gegen 3 den Entwurf der Provinzial-Synodalordnung für „ungeeignet“ erklärten, „eine selbstständige Verwaltung kirchlicher Angelegenheiten herbeizuföhren“ und wenn nur 16 gegen 5 für den Antrag stimmten: daß die einzuföhrende Synodalordnung nur von solchen Versammlungen beschloffen werden dürfe, welche von den bisherigen gesetzlichen Vertretern der evangelischen Kirche, Patro-nat, Gemeinde und geistliches Amt, gewählt sind: so liegt das keineswegs daran, daß die Dissidenten nicht mit dem Inhalte dieser Anträge übereingestimmt hätten. Sie waren nur der Meinung gewesen, daß entweder das Abgeordnetenhaus nicht competent in diesen Angelegenheiten wäre, oder auch, daß es jetzt noch nicht an der Zeit sei, solche Beschlüsse zu fassen. Zur Erläuterung des zweiten Antrages möchte ich noch hinzufügen, daß der Antragsteller erklärte, er habe die Herbeiföhierung eines eben solchen Verfahrens im Sinne, wie man in Hannover beobachtet habe. Dort nämlich berief der damalige König, auf Grund der Verfassung, zuerst eine Vorschode. Dieser wurde der Entwurf einer kirchlichen Gemeinde- und einer Synodal-Ordnung vorgelegt. Nachdem die Vorschode dieselbe in mehrfach amendirter Gestalt angenommen hatte, erhielt sie die Zustimmung des Landtags und wurde dann in verfassungsmäßiger Form als Landesgesetz publicirt. — In der That scheint es, daß dies der einzige practische Weg ist, den man auch bei uns einschlagen könnte.

[Dem Bundesrath] ist der angekündigte Entwurf eines definitiven Wahlgesetzes zum Reichstage des Nordd. Bundes bereits vorgelegt worden. In den Motiven wird darauf hingewiesen, daß eine solche Vorlage als ein wesentliches Bedürfnis sich darstelle, weil in den Wahlgesetzen der einzelnen Bundesstaaten noch erhebliche Verschiedenheiten obwalten und daher eine gleichmäßige Grundlage für die Wahlen zum Reichstage fehlt. Als besonders wünschenswerth wird es bezeichnet, daß das Gesetz noch in dieser Session zu Stande komme, weil der jetzige Reichstag in seine vorletzte Session tritt.

[Die Vorlage wegen Uebertragung des Etats für das auswärtige Ministerium auf den Bundes-Etat] wird durch die Thatfache motivirt, daß der Bund den Character einer völlerrechtlichen Persönlichkeit an sich trägt, die nicht gut durch die Behörde eines Bestandtheils des Bundes repräsentirt werden kann, sondern einer eigenen Behörde bedarf. Der Etat für das auswärtige Ministerium des Bundes ist auf 862,730  $\mathcal{R}$  veranschlagt, wovon 92,450  $\mathcal{R}$  auf die Besoldungen der Ministerialbeamten und 515,370  $\mathcal{R}$  auf die Besoldungen des Gesandtschaftspersonals kommen. — Wie man den „S. N.“ berichtet, bleibt ein kleiner Etat für die preussischen auswärtigen Angelegenheiten selbstständig bestehen und zwar zu dem Zwecke der diplomatischen Vertretung Preußens bei den Bundesstaaten, die nach wie vor beibehalten wird.

[Parlamentarisches.] Am 23. Februar Abends hielt die verstärkte Unterrichts-Commission Sitzung, in welcher der Referent Dr. Paur Vortrag hielt über die zu den vier Unterrichts-Gesetzes-Vorlagen aus allen Theilen des Landes eingegangenen zahlreichen Petitionen, worunter namentlich eine nicht geringe Zahl von Lehrer-Vereinen und einzelnen Lehrern ausgegangen ist. Dem Inhalt und den gestellten Wünschen und Forderungen nach geben diese Schriftstücke naturgemäß ungemein weit auseinander, stehen sich theilweise diametral gegenüber, die überwiegend größte Zahl protestirt gegen eine Trennung der Schule von der Kirche. Nach specieller Verathung über die weitere sachliche Behandlung dieser Petitionen beschließt die Commission, dieselben der Staats-Regierung zur Kenntnissnahme und als Material bei der künftigen Unterrichts-Gesetzgebung zu überweisen. Im Plenum sollen dieselben kurz und generell durch den Referenten beleuchtet werden, ohne daß ein näheres Eingehen auf den Inhalt statfinde, da dies bei der großen Zahl und den mannigfaltigen Anträgen nicht wohl bei dem nahen Schluß der Session möglich ist. (N. A. Z.)

[Der Vorstand des Wahlvereins der Deutschen Fortschrittspartei] hatte auf Montag Abend nach Arnims Saal u. d. L. eine Versammlung anberaumt, in der Bericht erstattet werden sollte über die verfloffene Landtags-session. Die Mitglieder des Vereins hatten sich außerordentlich zahlreich eingefunden, auch eine große Anzahl von Abgeordneten der Fortschrittspartei war anwesend. Mehrere Ab-

geordnete nahmen das Wort, sprachen im Sinne der Fortschrittspartei und ernteten reichen Beifall. Schließlich wurde der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus in der Form einer Resolution das Vertrauen der Versammlung ausgedrückt.

— [Der Ministerpräsident Graf Bismarck] leidet seit einigen Tagen an einem Unwohlsein, welches ihn nöthigt, das Zimmer zu hüten. (Krazig.)

— [Die Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt.] schreibt man der „Elb. Btg.“, wegen der Vermögens-Aufeinanderlegung scheinen wieder etwas zu stocken; wenigstens hat das Verlangen der Frankfurter Bürgerschaft, daß ihr eine dritte Million zugebilligt werde, bis jetzt noch bei dem Ministerpräsidenten entschiedenen Widerspruch gefunden. Man hält sich hier aber überzeugt, daß schließlich die persönliche Empfindung des Königs zu Gunsten der Stadt den Ausschlag geben und über die Bedenkenlichkeiten des Grafen Bismarck hinweghelfen wird.

— [In Betreff der Wahlen in Königsberg i. d. N.] hat die „Zeidl. Corr.“ wieder einmal gedichtet. Der Abgeordnete für Königsberg E. Richter schreibt der „Volkszeitung“: „Die „Zeidl. Corr.“ erklärt die Niederlage der Conservativen bei meiner Wahl daraus, daß die Handwerker, welche bisher mit den Conservativen gewählt haben, dies Mal aus Verstimmung über das Nothgewerbegebot ihre Stimme auf den Candidaten der entschiedenen Opposition übertrugen. Diese Angabe beruht lediglich auf tendenziöser Erfindung. Die unabhängigen Handwerker des Kreises haben 1867 ebenso wie 1869 liberal gewählt; eine genaue Vergleichung der amtlichen Abstimmungslisten von 1867 und 1869 ergibt, daß mit Ausnahme eines conservativ gewordenen Töpfermeisters, kein Handwerker unter den Wahlmännern die Farbe gewechselt hat. Der Wahlsieg, welcher Wagener-Reidler so sehr beunruhigt, findet meines Erachtens seine ganz natürliche Erklärung in den neuesten Kunststücken der conservativen Partei auf dem Gebiete der Kreisordnung und der Jagdpolizeigesetzgebung.“

Schwerin, 22. Febr. [Preßlage.] Wie dem „H. C.“ mitgetheilt wird, soll gegen den Landrath Josias v. Plüskow wegen seines bekannten Artikels gegen den Norddeutschen Bund 2c. gerichtlich vorgegangen werden.

Worms, 21. Febr. [Recurs zurückgewiesen.] Vor einiger Zeit wurde berichtet, welche Schritte die hiesigen katholischen Geistlichen zu St. Martin gethan, um dem katholischen Bürgermeister Brück, welcher nach dem Gesetze ständiges weltliches Mitglied der beiden katholischen Kirchenvorstände ist, wegen seiner beim Lutherfeste gehaltenen Rede die Ausübung seiner Rechte zu entziehen. Das Ministerium hat nun in dieser Sache entschieden und den Recurs der Geistlichen gegen die Verfügung des Kreisamtes, welche die Ansprüche jener Herren als unberechtigt zurückgewiesen hatte, gleichfalls verworfen. (Fr. 3)

Carlsruhe, 24. Febr. [Das Befinden des Großherzogs] ist nach dem neuesten Bulletin in fortschreitender Besserung begriffen. (W. L.)

Oesterreich. [In Sachen des Bischofs Rudiger] hat der oberste Gerichtshof die Verfolgung desselben vor den ordentlichen Gerichten für zulässig erklärt. Damit ist ausgesprochen, daß der Art. 14 des Concordats, nach welchem die Bischöfe nicht vor die weltlichen Gerichte gestellt werden dürfen, nicht mehr existire.

Pest, 22. Febr. [Wahlerceffe.] Seit gestern hält sich zur Unterdrückung von Wahlercessen das 97. Bataillon marschbereit. Gestern fand zu Varsfeld gelegentlich eines dem Oppositions-Candidaten gebrachten Fadelzuges zwischen den Parteien ein Kampf statt, in dem ein Individuum getödtet und mehrere verwundet wurden. (N. fr. Pr.)

— 23. Febr. Die Abgeordnetenwahlen werden am 18. März stattfinden. — Der Israeliten-Congress ist heute geschlossen worden. (N. L.)

Belgien. Brüssel, 24. Febr. [Die Antwort Belgiens] auf die Note, in welcher die französische Regierung die aus dem Eisenbahn-Gesetze sich ergebenden volkswirtschaftlichen Fragen erörtert, ist gestern in einem Minister-rathe unter dem Vorsitze des Königs beschlossen worden. (N. L.)

England. London, 24. Febr. Der „Standard“ erklärt sich autorisirt mitzutheilen, daß die spanische Regierung den Herzog und die Herzogin von Montpensier zur Rückkehr nach Spanien eingeladen habe. (N. L.)

— Die schon vor einiger Zeit gemachte Mittheilung, daß eine Entlastung des Armeebudgets um 900,000 bis 1,000,000 Pfr. zu erwarten stehe, wird von der „Army and Navy Gazette“ bestätigt.

Frankreich. Da der Termin zur Kündigung des Handelsvertrages zwischen Frankreich und England am 14. Febr. vorüberging, so bleibt der Vertrag bis zum 14. Febr. 1871 in Kraft; bis dahin haben die Protectionisten also nichts zu hoffen, doch scheinen sie sich in der Wahlperiode tapfer rühren zu wollen. In Betreff Belgiens denuncirt heute die „France“ die Blätter, welche Belgien Recht gegeben und es auf dem Wege befördert haben, den es einschlug, als schlechte Patrioten, zugleich fordert sie die belgische Regierung wieder auf, „durch ihre Aufführung die Beweggründe, denen sie gehorcht zu haben scheint, zu desavouiren“.

Spanien. Dem „Gaulois“ wird aus Madrid geschrieben: „Man weiß, daß die Madrider Polizei mehrere verbrecherische Aufschläge entdeckt hat, deren Zweck dahin ging, die regelmäßige Functionirung der Cortes zu verhindern. Der machiavellistische Theil eines dieser Projecte bestand darin, eine Mine springen zu lassen, welche von einer an die Kammer anstoßenden Kirche ausgehend, unter dem Sitzungssaal der Deputirten ausgemündet hätte. Glücklicherweise hat man die Gewohnheit täglich die unterirdischen Gallerien, auf denen der legislative Palast erbaut ist, zu untersuchen. Auf diese Weise hat man die Vorbereitungen entdeckt, welche gegen das Leben der Vertreter der Nation bereits begonnen worden waren. Wir haben nicht nöthig zu sagen, wer die Anstifter dieses Attentats gewesen sind. Das öffentliche Gewissen ist heute mächtig genug, um eine solche Infamie, das würdige Seitenstück des Verbrechens von Burgos, nach Gehilr zu brandmarken.“

Russland. [Der Hungertyphus] gewinnt in Litauen immer weitere Verbreitung und hat jetzt auch in mehreren Kreisen des Gouvernements Wilna einen epidemischen Character angenommen. Das russische Blatt „Wiesi“, das Organ des grundbestehenden Adels, erblickt mit Recht die Hauptursache der wiederholten Missethaten in Litauen und der durch das rückfällige Uffsichtungs-system herbeigeführten wirthschaftlichen Devastirung des Landes und mahnt die Regierung in ihrem eigenen Interesse zu größerer Mäßigung. (Nis. Btg.)

Türkei. Constantinopel, 23. Febr. [Die Pforte] hat eingewilligt, den mit Persien schwebenden Streit bis zum Eintreffen eines persischen Botschafters in der Schwebe zu belassen. (W. L.)

Amerika. Washington, 23. Febr. Das Repräsentantenhaus hat die Kupfertarifbill trotz des von dem Präsidenten Johnson eingelegten Veto's wiederum angenommen und dem Senat übersendet. (N. L.)

Danzig, den 25. Februar.

\* [Zur Canalisirungsfrage.] Die Mittheilungen, welche Hr. Oberbürgermeister v. Winter in der gestrigen Sitzung der Canalisirungs Commission gemacht hat (vergl. die heutige Morgenzeitung) haben einen sehr günstigen Eindruck gemacht und wir hoffen, daß sie wesentlich dazu beitragen werden, das große Werk zu fördern. Abgesehen von dem ermäßigten Kostenanschlage, trägt es sehr zur Vereinfachung der bevorstehenden Verhandlungen bei, daß die ganze Frage über den etwaigen Erfolg einer Ueberrieselungsanlage, gegen welche bekanntlich eine Reihe von Bedenken und Zweifel erhoben waren, durch die Proposition des Hrn. Aird beseitigt ist. Durch seine Offerte, gegen eine Verpachtung von ca. 2000 Morgen Dünenland und Ueberlassung der Sielwasser auf 30 Jahre, die Betriebs- und Unterhaltungskosten der Canalisirungsanlage (ca. 8000  $\mathcal{R}$  jährlich) zu übernehmen, sichert Hr. Aird die Stadt vor dem von Vielen befürchteten Mißerfolge. Außerdem hat die Stadt den Vortheil, 30 Jahre lang für die Betriebs- und Unterhaltungskosten nicht sorgen zu dürfen, sondern nur für die Zinsen und Amortisation der Anlagekosten.

— [Die Militärdepartementscommissionen] sind ermächtigt worden, während der bevorstehenden Erntegeschäfte solche im Auslande lebende Militärschlichte, welche ihre dauernde Unbrauchbarkeit für den Militärdienst glaubhaft nachzuweisen vermögen, ausnahmsweise ohne persönliche Vorstellung ausmusteren zu dürfen.

— [Marine.] Lehmann, Corv.-Capitain und Führer des Detachements der Flotten-Stamm- und Werft-Division in Danzig ist mit Pension zur Disposition gestellt. — Wiederich, Werftschreiber, ist zum etatsmäßigen Werftschreiber ernannt.

\* Von dem Abgeordneten Herrn v. Brauchitsch geht uns Folgendes zur Veröffentlichung zu:

„Der in der Abendausgabe der „Danz. Btg.“ vom 23. d. M. unter der Bezeichnung BAC. enthaltene Artikel, die Mennoniten betreffend, beruht, so weit er mich betrifft, auf Unwahrheit und Entstellung. Ich weiß weder von einer Meinungsverschiedenheit gegenüber denjenigen Mennoniten, die überhaupt einem religiösen Bekenntnis anhängen, noch von einer dadurch „verlorenen Günst“ derselben, weil ich (sicherlich mit voller Zustimmung jener Mennoniten) gewohnt bin, meiner eigenen Ueberzeugung von dem, was Recht ist, zu folgen. Ich weiß ferner Nichts davon, daß ich meine Wahl zum Reichstag und Landtag nur der mennonitischen Bevölkerung von etwa 8000 Seelen unter den mehr als 100,000 Bewohnern des Elbinger und Marienburger Kreises verdanke; vielmehr verdanke ich sie neben den positiv-gläubigen Mennoniten auch der sonstigen ganz überwiegenden Zahl feier conservativer, königlich gesinnter Männer jener Kreise. Ich weiß endlich nichts von einem Schreiben des dort bezogenen Inhalts an die Aeltesten der Mennoniten. Wohl aber weiß ich davon, daß es die Pflicht ist für einen Vertreter jener Kreise, in welchen der größte Theil der preussischen Mennoniten lebt, jede etwaige Rechtskränkung, Gewissensnoth und Zerrüttung der Gemeinden nach Kräften abzuwenden. Ich weiß auch davon, daß ich von Aeltesten häufig zu Rathe gezogen und von der Lage ihrer Gemeinde in Kenntniß erhalten bin, so daß ich auf Grund dessen die letzte beim Abgeordnetenhaus eingereichte Petition als eine Minorität-Petition bezeichnen, und gleichwohl für die Rechte auch dieser weniger strenggläubigen Minderheit mit meinem Worte eintreten konnte. Es ist endlich richtig, daß mich Vertreter derjenigen Mennoniten, welche zur Abwendung aller Gewissensnoth dringend die Aufrechterhaltung des Gnadenprivilegiums wünschen, und sich als die Mehrheit kundgeben, um meinen Rath gebeten haben, wohin sie sich ihrerseits mit einer Petition auf Wiederherstellung des Gnadenprivilegiums für alle diejenigen, welche die Wehrpflicht auch unter den jetzt nachgelassenen milderen Formen gemäß ihres Bekenntnisses nicht leisten zu können verneinen, zu wenden hätten, und daß ich sie dieserhalb resonnirlich an den Reichstag und den Bundesrath verwiesen und dabei bemerkt habe, es sei ihre jetzige Lage auf Grund des Bundeswehrgesetzes bekanntlich nicht durch unser Königs Majestät und den Bundesrath, von dem sie deshalb auch künftig voraussichtlich keinen Widerstand zu erwarten hätten, sondern in Folge national-liberaler und fortgeschrittlicher Anregung im Reichstag gegen die ursprüngliche wohlwollende Absicht unsers Königs und des Bundesraths herbeigeführt. — Dies ist die Wahrheit an der Sache, und der von mir bezeichnete Weg für alle die Mennoniten, welche an der gesetzlichen Wiederherstellung voller Wehrlosigkeit, als eines Grundpfeilers ihres Bekenntnisses, ein in ihrem Glauben gegründetes Interesse haben, nach meiner Meinung der allein correcte. Mag der Erfolg sein, welcher er wolle; — nimmermehr wird der Reichstag dadurch, daß er mittelst Reformirung seines früheren Beschlusses davon absteht, treue Unterthanen ihres Glaubens halber in einen Nothstand zu versetzen, an seiner „Würde“ Schaden leiden. — Sollten noch andere Zeitungen, namentlich in unserer Provinz, den oben bezeichneten Artikel der BAC. abgedruckt haben, so erlaube ich sie, dieser Berichtigung ebenfalls Raum zu gewähren. Klein Kax, 24. Febr. 1869.

v. Brauchitsch, Abgeordneter des Elbinger-Marienburger Wahlkreises zum Land- und Reichstag.

Zu dieser „Berichtigung“ müssen wir bemerken, daß die darin enthaltenen Angaben keineswegs so in Widerspruch zu den in der betr. Berliner „BAC.-Correspondenz“ enthaltenen Ausführungen stehen, wie Hr. v. Brauchitsch behauptet. Eine einfache Vergleichung der betr. Correspondenz und dieser „Berichtigung“ wird das erkennen lassen.

— Wie die „Stolper Btg.“ mittheilt, steht die Betriebs-Eröffnung der Esslin-Stolper Bahn zum 1. Juni c. bevor.

\* [Statistische.] Im Monat Januar sind hier geboren: gestorben:

1. Revier (Vorstadt und ein Theil der Rechtstadt) . . .	28	22
2. „ (übrige Rechtstadt) . . .	37	36
3. „ (Altstadt) . . .	62	70
4. „ (Niederstadt) . . .	68	32
5. „ (Außenwerthe) . . .	24	33
6. „ (Neufahrwasser) . . .	5	4
7. „ (Langebrunn) . . .	8	5
8. „ (Schölzig) . . .	4	1
9. „ (St. Albrecht) . . .	5	6
Im Lazareth am Divaerthor . . .	3	34
„ St. Marienkrankenhaus . . .	—	6
„ Diakonissen-Krankenhaus . . .	—	1
„ Garnison-Lazareth . . .	—	6
	244	256

Es sind also 12 Personen mehr gestorben als geboren.

\* Der hiesige Gesundheits-Commissar B. soll auf längere Zeit eine Reise nach London unternommen haben.

\* [Schlägerei.] Gestern gerieth ein Arbeiter im Reiser'schen Locale mit andern in Streit, der in Thätlichkeiten überging, welche sehr erhebliche Verwundungen zweier Theilnehmenden durch Messerstiche zur Folge hatten. Die Verwundeten befinden sich im Lazareth, die Thäter in Haft.

\* [Traject über die Weichsel.] Terespol-Gulm per Kahn bei Tag und Nacht, Warlubien-Graubenz regelmäßig per Schnellfähre, Gzernwin-Marienwerder regelmäßig per Schnellfähre.

\* Dirschau, 25. Febr. In der heute hier abgehaltenen Generalversammlung des Hauptvereins Westpreussischer Landwirthe wurden zunächst die Beschlüsse des gestrigen, in hohem Grade fruchtbaren Verwaltungsrathes mitgetheilt, von denen hier folgende mitgetheilt sein mögen: Errichtung einer Pferdebeschlages- und Lehrschmiede in Danzig nach Graf Einsiedel'schem Muster; Auslegung von 1000  $\mathcal{R}$  zur Errichtung von Buchbullenstationen im Vereinsbezirke; Abhaltung einer Fetteichschau im nächsten Winter. Die Generalversammlung selbst bot u. A. interessante Berichte des Herrn Hauptvorsitzers, Rittergutsbesitzer Conrad-Fronza, über den zweiten Congress norddeutscher Landwirthe zu Berlin und über die Ergebnisse der durch den Bundesrath des norddeutschen Bundes veranlasseten Untersuchung über das Hypothekendarlehen und die Creditverhältnisse. Außerdem wurde die Hauptverwaltung beauftragt, die geeigneten Schritte zur Verlegung der katholischen Feiertage und des Bußtaages auf einen Sonntag oder in die Winterzeit zu thun. Mittheilungen über Bienenmelioration und Kartoffelbau bildeten den Schluß, nach welchem wie gewöhnlich ein gemeinsames Mahl die Anwesenden auf dem Bahnhofe zusammenbrachte.

— [Die Arbeiten an der Eisenbahn Schneidemühl-Dirschau] waren bisher hauptsächlich auf die Strecke Schneidemühl-Krojanke beschränkt; in den nächsten Wochen soll nunmehr von Krojanke über Flatow hinaus mit den Erarbeiten begonnen werden. Die ersigennannte Strecke bot bis jetzt nur wenig Schwierigkeiten, dagegen ist das Terrain auf der neuen Strecke zum Theil sehr ungünstig. (B. B. 3)

© Marienwerder, 24. Februar. [Kreiskasse. Zinserhöhung städtischer Capitalien. Diebstahl in Gzernwin. Concert. Feuer. Concurs.] Die unter der Garantie des Kreises Marienwerder stehende Sparkasse hat nach dem so eben veröffentlichten Rechenschaftsbericht am Schlusse des verflossenen Jahres einen Gesamtbestand von 40,415  $\mathcal{R}$  gehabt. Die Einlagen von 666 Personen nebst Zinsen belaufen sich auf 35,332  $\mathcal{R}$ , während der Reservefonds 5083  $\mathcal{R}$  beträgt. Aufzufallen möchte es, daß der Betrag der zurückgezogenen Einlagen den der eingezahlten im Jahre 1868 um mehr als 800  $\mathcal{R}$  überstiegen hat — jedoch nur demjenigen, der die Verhältnisse nicht näher kennt. Der Kreissecretair hat die Rendanteur, aber von dem Landrath wohl nicht die Erlaubniß, die Sparkassengeschäfte im landrathlichen Bureau zu erledigen, wenigstens hat man sich in seiner Wohnung in Sparlaffen-Angelegenheiten an ihn zu wenden. Die natürliche Folge davon ist eine große Beschränkung im Verkehr, da er nur die ihm dienstfrei bleibenden Mittagsstunden, die dem größten Theile des Publikums auch unangelegen sind, der Sparkasse widmen kann. So werden wohl manche Ersparnisse dem jederzeit zugänglichen Credit- und Vorshubverein zugeführt, welcher letzterer namentlich auch ganz kleine Summen annimmt. — Die Debatten über die Zinserhöhung in Ihrer Stadtverordneten-Versammlung sind hier mit vielstimmiger Interresse verfolgt. Hier war es die Stadtverordneten-Versammlung, welche die Erhöhung beschloß, während der Magistrat dieselbe bekämpfte. Seit dem 1. Januar d. J. erhebt die Commune von den städtischen und Stützgebühren 6 % Zinsen. Die erste practische, jezt von Vielen, die seiner Zeit dafür gestimmt haben, bedauerte Folge ist gewesen, daß die anderen Capitalisten dem guten Beispiele gefolgt sind und manchen kleinen Grundbesitzer in große Verlegenheit gesetzt haben. — Am Montage ist auf dem Bahnhofe in Gzernwin ein Diebstahl mit seltener Frechheit verübt worden. Beim Umpacken der Passagierstücke von der Eisenbahn zur Post verschwand im Hausflur ein über 50 Pfund schwerer Koffer mit Broben. Der Koffer wurde später in der Nähe des Bahnhofes erbrochen und von seinem Inhalte, dessen Werth der Eigenthümer auf 300  $\mathcal{R}$  angiebt, befreit vorgefunden. Man ist den Dieben durch Vermittelung der hiesigen Polizei bereits auf die Spur gekommen, hat jedoch noch nichts von den Sachen, mit denen dieselben das Weite gesucht haben, wiedererlangt. An dem Koffer finden sich Blutspuren und scheint sich der Dieb beim Öffnen desselben erheblich verletzt zu haben. — Gestern concertirte hier wieder das Pels'sche Streich-Quartett unter allseitiger Anerkennung, aber leider wieder nur vor einem kleinen Publikum. — Um die eilfte Stunde an demselben Abend wurde hier ein nicht unbedeutendes Feuer sichtbar; dem Hofbesitzer Peters in Weichhof ist eine große Scheune und das Dachhaus niedergebrannt. Ein paar Stunden später entstand in einem Hause in der Stadt in Folge unvorsichtiger Aufbewahrung nicht gehörig ausgelöschter Alde Feuer. Dasselbe wurde auf das Innere des Hauses beschränkt und durch schnell herbeigeeilte Hilfe gelöscht. — Der Kaufmann Schmudalla, der seit einigen Jahren ein dem äußern Anschein nach recht schwebendes Materialwaarengeschäft, verbunden mit einer Weinstube, betrieb, hat seinen Laden geschlossen und sich zum Concurs gemeldet.

\* Thorn, 24. Febr. [Wasserstand der Weichsel.] + 5 Fuß. Wind: SE. Wetter: kalt und bewölkt.

— [Strandungen.] Am Memeler Strande sind in der letzten Woche zwei Schiffe verunglückt. Am 15. d. M., Abends 5 Uhr, strandete bei dem Dorfe Vilkoppen das holländische Schiff „Johanna Catharina“, Capitän Buurman; die Mannschaft wurde gerettet. Trauriger ist leider der zweite Fall. Am 19. um ganz die nämliche Stunde, wie im vorigen Falle, lief bei dem Dorfe Mellneraggen die Moskoder Brigg „Vier Brüder“, Capitän Andreis, mit Salz von Torrevieja auf Memel bestimmt, auf Grund und ging so augenblicklich in Trümmer, daß keine Zeit zur Rettung der Mannschaft übrig blieb. Die ganze Beladung hat ihren Tod in den Wellen gefunden. Nur dem Schiffshunde gelang es, durch Schwimmen das Land zu erreichen. (Oltpr. 3)

\* Dem Landgeschwornen Gerigt zu Gayl (Kr. Braunsberg) das Allgemeine Grenzzeichen verliehen worden.

— Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen berichtet die „Kreuztg.“, daß der Saatenstand sich im Ganzen als ein günstiger zeige. Bei der vorjährigen nicht sehr ergiebigen Heuernte wurde vielfeitzig zum Frühjahr hin ein Futtermangel befürchtet. Wegen des milden Winters ist es jedoch möglich gewesen, das Vieh zum Theil auf den Weiden zu ernähren. Dieser Vortheil kam aber denjenigen Landstrichen, in welchen der Winter naturgemäß schärfer ist und länger dauert, weniger zu Gute. So trat stellenweise im Regierungsbezirk Gumbinnen das Bedürfnis hervor, Futter von außerhalb zu beschaffen. Um diese Beschaffung thunlichst zu fördern, hat die Regierung in Gumbinnen durch Vermittelung des Generalconsuls in Warschau an das dortige russische Gouvernment den Antrag gerichtet, daß es gestattet werde, auch an anderen Uebergangspunkten, als bei den wenigen russischen Grenzollantern, Heu aus Polen nach Masuren zu führen.

Vermischtes.

Köln, 23. Febr. [Zum Theaterbrande.] Das Dienstmädchen, welches sich selbst der Brandlegung angeklagt, hat erst vor Kurzem eine zährige Zuchthausstrafe überstanden. Sie geht an, am Tage vor dem Brande in den Dienst der Familie Bachhaus getreten zu sein, aber gleich am ersten Tage eine Wieder-auffindung des Dienstes erhalten zu haben. Um sich deshalb zu rächen, will sie beschloßen haben, die ganze Familie zu vergiften und als sich dies nicht ausführen ließ, das Feuer angelegt haben. Die weiteren Angaben über Einzelheiten der Ausführung sind nach dem Urtheil der mit den Localitäten bekannten Personen, theils offenbar erlogen, theils höchst unwahrscheinlich, so daß es sehr fraglich geworden, ob die Selbstanklage begründet ist.

Klein-Linden (im Kreise Gießen), 17. Febr. [Einsturz.] Gestern Abend stürzte der westliche Flügel eines alten, wahrscheinlich durch den vorausgegangenen heftigen Sturm erschütter-



Danzig.